



Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Betriebsgruppe Städtisches Klinikum Neunkirchen – www.verdi-klinikum-neunkirchen.org

„Wir bezahlen eure Krise nicht“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gemeinsam mit zahlreichen Organisationen, sozialen Bewegungen und verschiedenen Gliederungen von ver.di rufen wir auf zur Teilnahme an der bundesweiten Demonstration in Frankfurt am

**Samstag, dem 28. März 2009. Auftakt: 12.00 Uhr,
Kulturprogramm ab 14.00 Uhr, Kundgebung ab 15.00 Uhr.**

- **Wir werden nicht länger zuschauen, wie erneut Politik zu unseren Lasten betrieben wird.**
- **Wir wehren uns dagegen, dass die Krisenlasten erneut auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden.**
- **Wir wollen, dass die Verursacher der Krise und Profiteure der vergangenen Jahre zur Kasse gebeten werden und nicht die Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner/innen, Schüler/innen und Studenten.**

Während uns jahrelang erzählt wurde es sei kein Geld da, zeigt sich jetzt, dass das Gegenteil der Fall ist. Weltweit wurden Billionen durch Spekulation verbrannt. 500 Milliarden an Krediten und Bürgschaften wurden alleine in Deutschland den Banken mit den „Krisenprogrammen“ der Bundesregierung bisher gewährt.

Die 13 Milliarden Euro mit denen die Bundesregierung Schulen, Hochschulen und die kommunale Infrastruktur sanieren will reichen nicht einmal für die allernötigsten Maßnahmen. Alleine für die Sanierung von Krankenhäusern, Schulen und Hochschulen sind nach Expertenmeinungen mindestens 155 Milliarden Euro notwendig. Stellenabbau und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen sind der falsche Weg. Deshalb fordern wir:

- **Ein Investitionsprogramm für Bildung, Gesundheit und den Ausbau v.a. der kommunale Infrastruktur.**
- **Ein Schuldenmoratorium zur Entlastung der kommunalen Haushalte.**
- **Investitionsmaßnahmen für einen deutlichen Umweltschutz, wie z.B. den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.**
- **Schaffung von 200.000 neuen Arbeitsplätzen in Kindergärten, Schulen Krankenhäusern, Altenheimen – Für ein menschenwürdiges Erziehungs- und Gesundheitswesen – Für eine menschenwürdige Altenpflege.**
- **Schluss mit der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen.**

Mit der Agenda 2010 hat schon die frühere SPD/Grüne Regierung viele Menschen gezwungen, zu Hunger- und Niedriglöhnen zu arbeiten. Viele Erwerbslose wurden systematisch in die Armut gedrängt. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Deswegen fordern wir:

- **Abschaffung von Hartz IV**
- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - Gleichstellung von befristeten und leiharbeitenden mit Tarifbeschäftigten – gesetzliche Einschränkung der Leiharbeit!**

Entsprechend der Forderung zahlreicher Anträge und Beschlüsse des ver.di Bundeskongresses 2007 sagen wir „Nein“ zu jeglicher Form der Arbeitszeitverlängerung. Jede Arbeitszeitverlängerung verschärft die Massenarbeitslosigkeit und raubt vor allem unseren jungen Kolleginnen und Kollegen eine Perspektive für die Zukunft. Deswegen brauchen wir eine deutliche Reduzierung der Wochen- und Lebensarbeitszeit.

- **Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitslosigkeit – zunächst auf 35 Stunden im öffentlichen Dienst - gemeinsamer gewerkschaftlicher Kampf für die 30 Std Woche bei vollem Lohnausgleich.**
- **Statt Arbeiten bis zum Umfallen - Herabsetzung des Rentenalters - Weg mit der Rente mit 67.**
- **Übernahme der Auszubildenden !**

Die milliardenschweren „Rettungsschirme“ für Banken und Spekulanten sind ein Hohn. Schützen die doch vor allem die Haupttäter in Sachen Finanzkrise. Warum sollen wir für die Krise bezahlen, anstatt der Verursacher? Wir fordern deshalb:

- **eine Millionärssteuer von 5 Prozent und die Einführung einer kräftigen Vermögensteuer für die großen Absahner**
- **Realloohnerhöhungen statt Lohnsenkungen; einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro die Stunde, der zügig auf 10 Euro angehoben werden muss.**
- **Eine Steuerreform zur drastischen Entlastung der unteren und mittleren Einkommen, verbunden mit einer progressiven Besteuerung vor allem der Spitzenverdiener.**

Wir befürchten, dass uns spätestens nach den Bundestagswahlen 2009 die Rechnung präsentiert wird. Wir wissen, dass wir eine Abwälzung der Lasten der Krise auf Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner, die Jugend nur im entschlossenen Kampf gegen die Politik der Regierenden verhindern werden. In Frankreich streikten und demonstrierten am 29. Januar rund 3 Millionen Menschen gegen ihre Regierung. Das ist nach herrschender Rechtsauffassung in Deutschland illegal! Den Gewerkschaften in Deutschland sind politische Streiks verwehrt. Wer kämpfen will wie in Frankreich, braucht auch die politischen Rechte dazu. Deswegen fordern wir in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des ver.di Bundeskongresses **ein politisches Streikrecht, wie in fast allen europäischen Ländern.**

Der 28. März wird ein Auftakt für weitere europaweite Proteste sein. Gemeinsam mit den europäischen Gewerkschaften rufen wir für den 16. Mai zu Großdemonstrationen in allen europäischen Hauptstädten auf.